

## Vorwort

Bereits im Sommer 1937 begann Hitler, seinen Blick auf Österreich und die Tschechoslowakei zu richten. Goebbels' Tagebücher halten zum 3. August 1937 fest: „In Österreich wird der Führer einmal tabula rasa machen. [...] Er geht dann aufs Ganze. Dieser Staat ist kein Staat. Sein Volk gehört zu uns, und es wird zu uns kommen. Des Führers Einzug in Wien wird einmal sein stolzester Triumph werden.“ Und am selben Tag schrieb der Propagandaminister: „Auch die Tschechei ist kein Staat. Sie wird eines Tages überrannt werden.“ Am Ende des Nürnberger Parteitages bemerkte Hitler tatsächlich zu Goebbels: Die „Österreichfrage“ würde irgendwann einmal „mit Gewalt“ gelöst werden. Und seit einer Besprechung Hitlers mit den Oberbefehlshabern, dem Reichskriegsminister und dem Reichsminister des Auswärtigen am 5. November 1937 war auch den Generälen die Tendenz von Hitlers Denken unmissverständlich.

Die tiefe politisch-ideologische Spaltung der österreichischen Gesellschaft in ein christlichsoziales, sozialdemokratisches und großdeutsches „Lager“ kam den Aggressionsplänen Hitlers entgegen. Weitere Spaltungstendenzen im Regierungslager in einen christlichsozialen Flügel und die austrofaschistische Heimwehr, bei der illegalen sozialdemokratischen Opposition in Sozialdemokraten und Revolutionäre Sozialisten sowie bei den ehemaligen „Großdeutschen“ in „alldesche“ Anschluss-Befürworter und überzeugte Nationalsozialisten erleichterten die Einflussnahme der NS-Propaganda. Das von Dollfuß eingeleitete und von Schuschnigg fortgeführte Experiment einer Diktatur der „Vaterländischen Front“ konnte weder dem italienischen Faschismus noch dem deutschen Nationalsozialismus Paroli bieten. Auf Grund von Beitrittszwang erreichte die Vaterländische Front im November 1937 zwar eine Mitgliederzahl von drei Millionen, unter ihnen befanden sich aber viele illegale Sozialdemokraten und Nationalsozialisten, was sogar im Flüsterwitz Eingang fand. Die wachsende Zahl illegaler österreichischer Nationalsozialisten (im Dezember lag der Mitgliederstand bereits bei 105.035) – unter ihnen viele junge Arbeitslose – entfaltete ohne Unterlass ein gewaltiges agitatorisches Getöse.

Der preußische Ministerpräsident Hermann Göring hatte die Österreichfrage bei seinen Besuchen in Rom im ersten Halbjahr 1937 bereits zweimal gegenüber Mussolini angeschnitten – und dies nicht unbedingt auf diplomatische Weise. Vor dem Deutschlandbesuch Mussolinis Ende September 1937 wies Hitler daher Göring an, die Österreichfrage mit diesem wichtigen Gast vorsichtig zu behandeln

und zu erklären, dass Deutschland nicht die Absicht habe, in absehbarer Zukunft das österreichische Problem zuzuspitzen. Doch als Göring in Carinhall dem „Duce“ eine Europakarte zeigte, war auf dieser Österreich bereits als Teil des Deutschen Reiches eingezeichnet. Im Übrigen zeigte Göring diese Karte zwei Monate später dem österreichischen Staatssekretär Guido Schmidt. Mussolini wollte nicht negativ reagieren, Schmidt konnte es nicht.

Während sich die wirtschaftliche Lage Österreichs auf Grund der internationalen Konjunktur etwas gebessert hatte, ebenso die Gold- und Devisenlage der Nationalbank („Alpendollar“), wies die Arbeitslosigkeit eine wenig fallende Tendenz auf. Im Dezember 1937 gab es noch immer 246.000 unterstützte Arbeitslose, sodass die Zahl der Arbeitsuchenden mit Sicherheit bei über einer halben Million lag. Vor allem die jüngsten Jahrgänge der Schulabgänger erhielten wenig oder überhaupt keine Unterstützung.

Auf der letzten Konferenz der Staaten der „Römer Protokolle“ in Budapest, zwischen dem 9. und 12. Januar 1938, konnten zwar Österreich und Ungarn das Drängen Italiens auf Austritt aus dem Völkerbund und Beitritt zum Antikominternpakt abwehren, mussten aber einer Ankündigung der Anerkennung des Franco-Regimes nähertreten. Die heikelste Frage, nämlich die Frage des jeweiligen Verhältnisses der drei Regierungen zu Hitler-Deutschland blieb freilich ausgespart. Mussolini und Darányi hatten nach ihren Staatsbesuchen in Berlin keine Bereitschaft zur Unterstützung Österreichs mehr erkennen lassen.

Ende Januar 1938 enthüllte die österreichische Polizei Dokumente aus dem Büro der österreichischen NSDAP in der Wiener Teinfaltstraße, die Berlin in Verlegenheit brachten. Unruhen sollten den Sturz der Regierung Schuschnigg herbeiführen. Als besondere Provokation war die Ermordung des deutschen Botschafters von Papen durch österreichische Nationalsozialisten vorgesehen, die als Mitglieder der Vaterländischen Front verkleidet auftreten sollten. Da in den Umsturzplan auch der NS-Landesleiter Hauptmann Leopold involviert war, wurde er von Hitler persönlich durch den Kärntner Major Hubert Klausner ersetzt. Nachdem Hitler mit politischen und militärischen Drohungen Schuschnigg das „Berchtesgadener Abkommen“ vom 12. Februar 1938 aufgezwungen hatte – mit der sofortigen Amnestie für Nationalsozialisten, der Ernennung von Seyß-Inquart zum Innenminister und der Ablöse von Generalstabschef Jansa –, begannen sehr rasch alle Dämme zu brechen. Hitlers Reichstagsrede vom 20. Februar mobilisierte zusätzlich. Die patriotische Rede Schuschniggs vor dem Bundestag kam bereits viel zu spät. Auch die Bekundung der Bereitschaft sozialdemokratischer Gewerkschafter, unter bestimmten Bedingungen die Regierung Schuschnigg gegen die Nationalsozialisten zu unterstützen, wurde vom Bundeskanzler nicht konsequent genug aufgegriffen. Schuschniggs Ankündigung einer „Volksbefragung“ verblüffte Hitler zwar, veranlasste ihn aber – unter tatkräftiger Mitwirkung Görings – auch zum Handeln. Obwohl die Berliner Ultimaten Schuschnigg und Bundespräsident Miklas ohnehin zur Kapitulation zwangen, gab Hitler dennoch

der Wehrmacht den Einmarschbefehl. So wurde der 11. März 1938 zum Todestag des unabhängigen Österreichs.

Blickt man bis zum Vertrag von Saint-Germain 1919 zurück, lassen sich die politischen und diplomatischen Festlegungen, Ermahnungen und Drohungen gegen einen allfälligen „Anschluss“ Österreichs an Deutschland gar nicht zusammenzählen, die gemeinsam und abwechselnd aus Paris, London, Rom, Prag und anderen europäischen Hauptstädten geäußert worden waren. Nun, am 12. März 1938, als die deutsche Wehrmacht in Österreich einmarschierte, am 13. März, als die „Wiedervereinigung“ zuerst in Wien, dann in Berlin staatsrechtlich vollzogen wurde, und am 15. März, als Hitler am Wiener Heldenplatz den „Eintritt seiner Heimat ins Deutsche Reich“ verkündete, fielen die Reaktionen des Auslands sehr zurückhaltend aus. Die internationale Politik fand sich unglaublich schnell mit der Okkupation und Annexion eines Völkerrechtssubjekts ab. Freilich, die Jubelbilder aus Wien hatten den Eindruck weitgehender Zustimmung der österreichischen Bevölkerung vermittelt.

Besonderen Dank für seine Hilfe schulden wir Patrick Shonoda: für die Digitalisierung der Dokumente und die Mitarbeit am Register. Ein allgemeiner Dank sei den Damen und Herren des Österreichischen Staatsarchivs für die gute Kooperation abgestattet. Für die Finanzierung der Editionsarbeit und die Drucklegung dieses Bandes sei der Österreichischen Akademie der Wissenschaften gedankt, vor allem dem Verlag unter Leitung von Lisbeth Triska und der Buchproduktion durch Robert Püringer.

Mit dem vorliegenden Band endet die Serie der „Außenpolitischen Dokumente der Republik Österreich 1918-1938“, deren Anfänge in den Sommer 1990 zurückreichen. Daher sei zu guter Letzt allen Förderern und Begleitern, von deren Einsatz die Edition und ihre Herausgeber in den letzten gut 25 Jahren profitiert haben, ein herzliches Dankeschön ausgesprochen.

Wien, im Januar 2016

*Die Herausgeber*

